

Die Reichstagswahl 2006

Eine Zäsur in der schwedischen Parteiengeschichte

Sven Jochem

Zusammenfassung

Bei der Reichstagswahl in Schweden am 17. September 2006 wurde trotz günstiger ökonomischer Rahmendaten die sozialdemokratische Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Göran Persson abgewählt. Unter Vorsitz des konservativen Regierungschefs Fredrik Reinfeldt führt seither eine bürgerliche Vierparteienkoalition die Amtsgeschäfte. In diesem Beitrag wird sowohl der Wahlkampf als auch das Wahlergebnis analysiert. Es wird die These vertreten, dass eine historische Zäsur in der schwedischen Parteiengeschichte festzustellen ist. Eine Mehrheitsregierung markiert das Ende programmatischer Differenzen im bürgerlichen Lager. Ferner wird argumentiert, dass die neue Regierung kaum einen Generalangriff auf das schwedische Modell unternehmen wird. Kleine, aber zentrale Weichenstellungen werden den schwedischen Wohlfahrtsstaat jedoch weiter an kontinentaleuropäische Wohlfahrtsstaaten annähern.

Summary

Sweden is the social democratic model in Europe. Despite good economic conditions, the social democratic minority government under the leadership of Göran Persson lost the election on 17th September 2006. Since then, a four party coalition headed by the conservative Prime Minister Fredrik Reinfeldt is governing Sweden. In this contribution the electoral campaign as well as the electoral result is analysed. It will be shown that there occurred a paradigm shift in Swedish party history. A majority government has managed to overcome the programmatic differences in the bourgeois camp. It is further argued that the new government will hardly change the Swedish model at once. However, small but decisive reform steps will alter the contours of the Swedish welfare state and will make it more similar to welfare states in Continental Europe.

Dr. Sven Jochem vertritt die Professur für Politische Theorie am Politikwissenschaftlichen Seminar der Universität Luzern. Kontakt: sven.jochem@unilu.ch.

Einleitung

Die Wahl zum schwedischen Reichstag vom 17. September 2006 geht als Zäsur in die Geschichte Schwedens ein. Nach zehn Jahren Amtszeit wurde der sozialdemokratische Regierungschef Göran Persson abgewählt, und dies zu einer Zeit, in der die schwedische Ökonomie robuste Wachstumszahlen aufweist und die öffentlichen Haushalte nachhaltig konsolidiert sind. Eine bürgerliche Koalition aus konservativer Partei (*Moderata samlingspartiet*, „Moderate Sammlungspartei“; M), Zentrumspartei (*Centerpartiet*, C), liberaler Volkspartei (*Folkpartiet liberalerna*, FP) sowie christdemokratischer Partei (*Kristdemokraterna*, KD) bestimmt nun über die Zukunft des sozialdemokratischen Modells in Europa. Im Gegensatz zu den instabilen bürgerlichen Minderheitsregierungen zwischen 1976 und 1982 sowie der stabilen, aber ebenfalls aus einer Minderheitsposition heraus agierenden bürgerlichen Koalition unter Carl Bildt (1991–1994) verfügt die Regierung zu Beginn der dritten bürgerlichen Regierungsperiode in der Nachkriegsgeschichte über eine knappe parlamentarische Mehrheit.

Allein dieser Umstand ist historisch betrachtet im Land der Minderheitsregierungen bemerkenswert.¹ Ebenso beachtlich ist jedoch, dass das Muster des schwedischen Parteienwettbewerbs durchbrochen wurde. Während die übermächtigen Sozialdemokraten Schwedens (*Socialdemokratiska arbetarepartiet*, SAP) stets darauf bauen konnten, programmatisch zersplitterte bürgerliche Parteien gegeneinander ausspielen zu können², war es in diesem Jahr eine programmatisch geeinte bürgerliche Allianz (*Allians för Sverige*, „Allianz für Schweden“), die Differenzen im linken Block gekonnt ausnutzte und die SAP gegen die linkssozialistische Linkspartei (*Vänsterpartiet*, V) sowie die Grünen (*Miljöpartiet*, „Umwelpartei“; MP) ausspielte.

Der Göteborger Politikwissenschaftler Bo Rothstein hat die These aufgestellt, dass sich in der Wahlniederlage der SAP der historische „Triumph“ der schwedischen Arbeiterbewegung widerspiegele, da die bürgerlichen Parteien den sozialdemokratischen Sozialstaatskonsens jetzt akzeptiert hätten.³ Diese Behauptung wurde umgehend zurückgewiesen.⁴

¹ Vgl. Strøm, Kaare: *Minority Government and Majority Rule*. Cambridge 1990.

² Vgl. Castles, Francis: *The Social Democratic Image of Society. A Study of the Achievements and Origins of Scandinavian Social Democracy in Comparative Perspective*. London 1978; Esping-Andersen, Gøsta: *Politics Against Markets: The Social Democratic Road to Power*. Princeton 1985.

³ Rothstein, Bo: „Valet en triumf för socialdemokraterna“. In: *Dagens Nyheter*, 20. September 2006.

Somit stellt sich die Frage, inwiefern der Machtwechsel Möglichkeiten für grundlegende Reformen des schwedischen Modells eröffnet. In diesem Beitrag wird die These vertreten, dass Rothsteins Ansatz eher vom Wunsch als von der Empirie getragen wird. Die bürgerliche Koalition konnte den schwedischen Parteienwettbewerb grundlegend verändern. Allein aus strategischen Überlegungen heraus wird sie jedoch kaum zum Frontalangriff auf das sozialdemokratische Modell blasen. Zentrale Weichenstellungen im Bereich der sozialen Sicherung und der Steuerpolitik werden aber die politischen Fundamente des schwedischen Modells nachhaltig verändern; erste Anzeichen hierfür können bereits ausgemacht werden. Der schwedische Wohlfahrtsstaat, so deuten die ersten Reformschritte an, wird noch stärker als bisher seine Einzigartigkeit in Europa einbüßen.

Parteienwettbewerb und Metamorphose des schwedischen Modells

Als in den frühen neunziger Jahren die schwerste ökonomische Krise seit den dreißiger Jahren die Wirtschaft und die öffentlichen Finanzen Schwedens in Schieflage brachte, die Arbeitslosigkeit rasch auf für Schweden ungeahnte Höhen (über 8 Prozent offene Arbeitslosigkeit) empor schnellte und die sozialen Sicherungssysteme in eine Finanzierungs Krise gerieten, schien für viele Beobachter das „goldene Zeitalter“ des schwedischen Modells endgültig vorbei.⁵ Unter Göran Persson als Finanzminister (1994–1996) sowie Ministerpräsident (1996–2006) konnte die sozialdemokratische Regierung allerdings zahlreiche Reformen verbuchen. Rasch wurden die öffentlichen Finanzen konsolidiert, die offene Arbeitslosigkeit halbiert, der Weg hin zu einer der führenden IT-Nationen in Europa geebnet und die sozialen Sicherungssysteme an zentralen Stellen umfassend reformiert. Die schwedische Rentenreform (1994–1998) ist nur eine der in Kontinentaleuropa besonders intensiv rezipierten Sozialreformen.⁶

⁴ „Man måste vara statsvetare för att komma på någonting så dumt“, man müsse schon Politikwissenschaftler sein, um zu einer solch dummen These zu gelangen, war die Replik des Ökonomen Bo Södersten auf Rothsteins Aussage; vgl. Södersten, Bo: „Dum eller stum i samhällsdebatten“. In: *Dagens Nyheter*, 14. Oktober 2006.

⁵ Vgl. Henningsen, Bernd und Bo Stråth: „Die Transformation des schwedischen Wohlfahrtsstaates. Ende des Modells?“. In: *Jahrbuch für Politik* 5 (1995), 221–246; Jochem, Sven: *Die skandinavischen Wege in die Arbeitslosigkeit. Kontinuität und Wandel der nordischen Beschäftigungspolitik*. Opladen 1998; Svensson, Torsten: *Marknadsanpassningens politik. Den svenska modellens förändring 1980–2000*. Uppsala 2001.

⁶ Jochem, Sven: „Konzertierung und Parteienwettbewerb: Das schwedische Modell im Wandel“. In: Ders. und Nico A. Siegel (Hgg.): *Konzertierung, Verhandlungsdemokratie*

Bemerkenswert waren diese Erfolge auch deshalb, weil die Reformen von Minderheitsregierungen durchgeführt wurden. Schon die letzte bürgerliche Koalition unter Carl Bildt (1991–1994) musste parlamentarische Mehrheiten organisieren, zum Teil mit der SAP, zum Teil aber auch mit der damals im Reichstag vertretenen rechtspopulistischen *Ny Demokrati* („Neue Demokratie“, NyD). In der Zeit dieser Regierung wurden erste Konsolidierungsmaßnahmen eingeführt, die Rentenreform angestoßen sowie der schwedische Weg in die Europäische Union geebnet. Die nachfolgende sozialdemokratische Regierung setzte von 1994 bis 1996 bei ihrer harten Sparpolitik (*stålbadspolitiken*) auf die Zusammenarbeit mit Parteien der bürgerlichen Mitte, vor allem der liberalen Partei. Unter dem neuen Ministerpräsidenten Göran Persson schwenkte die SAP-Führung jedoch ab 1996 verstärkt auf eine Kooperation mit der Linkspartei sowie den Grünen um.

Schon der Reichstagswahl 2002 kam eine besondere Brisanz zu. Die konservative Partei, natürliche Widersacherin der SAP in der schwedischen Politik, konnte 1998 mit über 22 Prozent der Stimmen das beste Wahlergebnis seit 1982 erzielen, wohingegen die SAP mit nur 36,6 Prozent auf einen (bis dato) historischen Tiefstand absackte. Obwohl viele Reformen implementiert waren, spiegelten die ökonomischen Kennziffern diese Veränderungen (noch) nicht wieder. Die Zeit schien reif für einen Machtwechsel. Dieser Eindruck bestärkte sich in den Meinungsumfragen bis zum Ende des Jahres 2001, in denen die konservative Partei Werte von über 25 Prozent erreichte.⁷ Unter der Führung von Bo Lundgren profilierte sie sich als kompromisslose Steuersenkungspartei. Im Wahlkampf 2002 aber war der bürgerliche Block – wie gewohnt – programmatisch gespalten. Die konservative Partei dominierte im rechten Lager, ihrer Elite wurde jedoch keine Sympathie von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung entgegengebracht.⁸

Entgegen dem Trend der Meinungsumfragen konnte die SAP die Wahl im September 2002 mit fast 40 Prozent der Stimmen deutlich für sich entscheiden (vgl. Tabelle 1). Einen Einbruch erlitt die konservative Partei, die lediglich 15,3 Prozent der Stimmen er-

und Reformpolitik im Wohlfahrtsstaat. Das Modell Deutschland im Vergleich. Opladen 2003, 271–310; Wintermann, Ole: *Vom Retrenchment zur Krisenreaktionsfähigkeit. Ein empirischer Vergleich der Wohlfahrtsstaaten Schweden und Deutschland 1990–2000.* Wiesbaden 2005.

⁷ Temo väljarbarometer 1979–2003 (http://www.temo.se/Templates/Page___195.aspx, 20. September 2006).

⁸ Vgl. Widfeldt, Anders: „The parliamentary election in Sweden, 2002“. In: *Electoral Studies* 22 (2003), 778–784; vgl. auch Forsgård, Nils Erik: „The Swedish elections 2002“. In: *NORDEUROPAforum* 12 (2002:2), 3–11.

reichte, während ihr noch eine Woche vor der Wahl ein Ergebnis von über 21 Prozent prognostiziert wurde. Für die liberale Partei zahlte sich ihre populistische Profilierung auf dem Gebiet der Einwanderungspolitik aus, sie erlangte 13,3 Prozent der Wählerstimmen und rückte im Wahlergebnis als zweite bürgerliche Kraft nahe an die konservative Partei heran. Die Grünen übersprangen mit 4,6 Prozent knapp die im schwedischen Wahlrecht verankerte Vier-Prozent-Hürde. Insgesamt fiel das Wahlergebnis deutlich zugunsten der drei Parteien im linken Parteienspektrum aus. Mit 33 Sitzen Mehrheit für den Linksblock im Reichstag konnte die SAP sicher regieren.

Der Wahlvorsprung fiel so groß aus, dass die SAP auf eine der kleinen Stützparteien hätte verzichten können. Göran Persson lag jedoch viel an einer weiteren Zusammenarbeit mit beiden Parteien. Allerdings verlangten insbesondere die Grünen im Prozess der Regierungsbildung offen Ministerposten und drängten auf die Einsetzung einer formalen Koalitionsregierung. Nach zähen Verhandlungen, die bis zum Schluss unter dem Schatten eines bürgerlichen Misstrauensantrags standen, konnte die SAP ihre alleinige Regierungsverantwortung letztlich durchsetzen. Sie musste jedoch inhaltliche Zugeständnisse an die Grünen und die Linkspartei machen. Ebenso akzeptierte sie, dass die Zusammenarbeit mit diesen Parteien deutlich stärker institutionalisiert wurde. In der Regierungszeit von 2002 bis 2006 waren stets Vertreter beider Parteien in die tägliche Arbeit der Regierungskanzlei integriert. Somit unterlief die SAP in der vergangenen Legislaturperiode den strategisch offenen Modus des Regierens in Minderheitsposition und legte sich auf eine strikte Zusammenarbeit mit den beiden kleinen Linksparteien fest.⁹

Die Niederlage der konservativen Partei bei der Reichstagswahl 2002 führte zu personellen Konsequenzen sowie einer Verkleinerung und personellen Straffung der Parteizentrale. Viele Vertreter der Parteiführung traten nach der Wahl zurück. Der Vorsitzende Bo Lundgren verteidigte sich zwar noch gegen parteiinterne Kritik; auf dem Parteikongress am 25. Oktober 2003 wurde er jedoch von dem neuen Parteivorsitzenden Fredrik Reinfeldt abgelöst. Unmittelbar nach Amtsantritt forcierte der ehemals streng neoliberale Konservative¹⁰ eine vollständige programmatische Umkehr der konservativen Partei. Ähnlich wie *New Labour* in Großbritannien wurde die konservative Partei in

⁹ Ruin, Olof: „Göran Persson måste lämna besked i regeringsfrågan“. In: *Dagens Nyheter*, 3. September 2006.

¹⁰ Für seine Kritik am schwedischen Modell siehe Reinfeldt, Fredrik: *Det sovande folket*. Stockholm 1993.

„Neue Konservative Partei“ umbenannt (*Nya moderaterna*). Das Ziel weit reichender Steuersenkungen ließ die Partei fallen, ebenso wurde die politische Rhetorik insgesamt entschärft. Fredrik Reinfeldt selbst spitzte diese Veränderung in der Aussage zu, die konservative Partei sei jetzt die „neue Arbeiterpartei“.

Die SAP-Regierung konnte keinen Vertrauensvorschuss für sich beanspruchen. Nach der zähen Regierungsbildung lautete der Tenor, dass die Differenzen im linken Lager zu groß seien. Die Skepsis überwog nicht zuletzt deshalb, weil mit der Volksabstimmung zur Einführung des Euro im Jahr 2003 eine mächtige politische Herausforderung bevorstand. Insbesondere die Linkspartei stellte sich strikt gegen eine weitere Integration Schwedens in die Europäische Union, ebenso waren die Grünen mehrheitlich integrations-skeptisch. Die SAP selbst war in dieser Frage gespalten; während die Parteiführung nahezu einstimmig für weitere Integrations-schritte plädierte, lehnten die Basis und mächtige Gewerkschaften einen solchen Schritt mehrheitlich ab.

Dass die Minderheitsregierung der SAP bis zum Ende der Legislaturperiode durchhielt, ist ebenso bekannt wie der Ausgang des EU-Referendums, in dem die schwedische Bevölkerung 2003 mit 55,9 Prozent gegen die Einführung des Euro votierte (bei einer Wahlbeteiligung von 82,6 Prozent).¹¹ Wichtiger als diese Niederlage der SAP-Führung war jedoch die Ermordung der Außenministerin und engagierten Euro-Befürworterin Anna Lindh am 10. September 2003 in der Stockholmer Innenstadt. Nach dem Mord an Olof Palme 1986 wurde erneut ein schwedischer Spitzenpolitiker Opfer eines Attentates in einem Land, in dem die Berufspolitiker wenig Wert auf strikten Personenschutz legen. Anna Lindh war als Nachfolgerin für Ministerpräsidenten Göran Persson ausersehen. Tatsächlich wurde durch dieses Attentat eine fließende Amtsübergabe erschwert, da der „präsidentielle“ Regierungschef¹² Göran Persson, der auf einen kompromisslosen Führungsstil und die Inszenierung seiner Persönlichkeit Wert legte,¹³ keine anderen Führungspersönlichkeiten als fähig für dieses Amt ansah. Mit der Ermordung von Anna Lindh wurde ein geräuschloser Führungswechsel innerhalb der SAP unmöglich ge-

¹¹ Oscarsson, Henrik und Sören Holmberg (Hgg.): *Kampen om euron*. Göteborg 2004.

¹² Zum Begriff des *präsidentiellen Regierens* vgl. Poguntke, Thomas (Hg.): *The Presidentialization of Politics. A Comparative Study of Modern Democracies*. Oxford 2005.

¹³ Göran Persson wurde auf das Kürzel „HSB“ gebracht: „Han som bestämmer“, also „Derjenige, der bestimmt“. Vgl. Andersson, Jan: „Perssons felaktiga strategi bakom partiets valförlust“. In: *Dagens Nyheter*, 4. Oktober 2006.

macht. Insofern stellt auch dies einen wichtigen Grund für die Abwahl von Göran Persson im Jahr 2006 dar.

Während die SAP nach der Ermordung Anna Lindhs von Trauer und einer schwelenden Führungskrise erfasst schien, geschah im bürgerlichen Lager ein historisch zu bezeichnendes Ereignis. Fredrik Reinfeldt veränderte nicht nur die Programmatik der konservativen Partei, er schickte sich auch an, ein Grunddilemma bürgerlicher Politik in Schweden zu beseitigen: die parteipolitische Zersplitterung.¹⁴ Im August 2004 forderte er im sogenannten Vaxholm-Brief die Führungen der bürgerlichen Parteien zu einer stärkeren Zusammenarbeit und einer gemeinsamen Wahlplattform auf, was im Frühling 2005 zur Vereinbarung von Bankeryd und zur erstmaligen Zusammenarbeit aller großen bürgerlichen Parteien führte.

Die „Allianz für Schweden“ hatte nur ein Ziel: den Machtwechsel 2006.¹⁵ In Arbeitsgruppen wurden zentrale Bereiche wie Wohlfahrt, Wirtschaft, innere Sicherheit und Außenpolitik ausgehandelt. Zwar wurden die notorischen Streitpunkte im bürgerlichen Lager keineswegs alle gelöst, zum Teil erfolgte eine Kaschierung weiterhin bestehender Differenzen. Es gab aber auch Annäherungen und Innovationen: Die konservative Partei¹⁶ schraubte ihre radikalen Steuersenkungspläne zurück, die Christdemokraten formulierten ihre wertkonservativen Forderungen zurückhaltender, die Zentrumsparterie schwächte ihr Veto gegen einen weiteren Ausbau der Kernenergie ab, und die liberale Partei verzichtete auf eine aggressive Thematisierung der Einwanderungspolitik. Im Wahlkampf 2006 präsentierten sich die bürgerlichen Parteiführer häufig mit einer Geschlossenheit, die vor dem Hintergrund der Jahrzehnte währenden Querelen mitunter unrealisch anmutete. Wahlstrategisch versuchte die bürgerliche Allianz zudem in den Kernrevieren der Sozialdemokratie zu wildern: bei der Beschäftigungs- und Wohlfahrtspolitik. Fredrik Reinfeldt brachte es wie folgt auf den Punkt: „Was auch immer die Sozialdemo-

¹⁴ Vgl. Möller, Tommy: *Borgerlig samverkan*. Uppsala 1986.

¹⁵ Die Webseite der bürgerlichen Allianz nennt sich „maktskifte06“, also „Machtwechsel06“ (<http://www.maktskifte06.se>).

¹⁶ Während die Christdemokraten, die Zentrumsparterie sowie die liberale Volkspartei im Wahlkampf 2006 noch eigene Wahlplattformen anfertigten, bestritt die konservative Partei ihren Wahlkampf einzig mit dem Wahlprogramm der bürgerlichen Allianz.

kraten im Bereich der Wohlfahrt, der Schule und der Fürsorge vorschlagen, wir werden mehr vorschlagen“.¹⁷

Die größte Gefahr für die bürgerliche Machtwechselstrategie bestand darin, in eine ähnliche Situation zu gelangen wie zwischen 1991 und 1994, als sich eine rechtspopulistische Protestpartei (*Ny Demokrati*) als Zünglein an der Waage zwischen den Blöcken etablieren konnte. Tatsächlich vereinigten bereits im Jahre 2002 die „Schwedendemokraten“ (*Sverigedemokraterna*, SD) landesweit 76.300 Stimmen auf sich, ohne jedoch in die Nähe der Vier-Prozent-Hürde zu gelangen. Die Schwedendemokraten haben ein genuin rechtspopulistisches Programm: eine verschärfte Immigrationspolitik, eine wohlfahrtsstaatliche Politik zugunsten der Einheimischen sowie eine Ablehnung der europäischen Integration. Im Wahlkampf wurde dieser Partei viel Aufmerksamkeit zuteil, einige Umfragen sahen die Partei bereits nahe der Vier-Prozent-Hürde. Im Ergebnis kam die Partei landesweit schließlich auf 2,9 Prozent. In Skåne, der südlichsten Provinz Schwedens, erreichte sie in einer Kommune ein zweistelliges Wahlergebnis (Bjuvs kommun). Insgesamt fehlten der Partei ungefähr 60.000 Stimmen zum Einzug in den Reichstag.

Erstaunlicherweise gelang es der bürgerlichen Allianz, in der ureigen sozialdemokratischen Frage erfolgreicher Beschäftigungspolitik zu punkten. Mit Nachdruck konnten die bürgerlichen Parteien der Wahlbevölkerung die Notwendigkeit weiterer Arbeitsmarktreformen und einer weiteren Beschäftigungssteigerung vermitteln, während sich die SAP darauf fokussierte, die bisherigen Erfolge zu betonen. Mit diesem strategischen Schachzug stellte sich die bürgerliche Allianz als aktive Reformkraft in der öffentlichen Debatte dar, wohingegen die Sozialdemokraten in die Defensive gerieten.

Der Wahlkampf stand zudem im Zeichen der Tsunami-Katastrophe zum Jahreswechsel 2004/2005. Für schwedische Urlauber war Thailand lange schon zum „neuen Mallorca“ avanciert. Ersten Meldungen zufolge waren insgesamt 2.000 Schweden als vermisst gemeldet.¹⁸ Mit letztlich 543 schwedischen Todesopfern wurden zwar die ersten Befürchtungen relativiert. Während die schwedische Außenministerin Laila Freivalds aber noch nach den ersten Katastrophenmeldungen in die Oper ging und sich Ministerpräsident Göran Persson völlig aus den Regierungsgeschäften zurückgezogen hatte, reagierten andere Länder bereits mit Hilfsmaßnahmen. Insbesondere die finni-

¹⁷ „[V]ad än socialdemokratin föreslår när det gäller vård, skola och omsorg så skall vi föreslå mer.“ Das Zitat entstammt Rothstein 2006, wie Fußnote 3.

¹⁸ Dies hätte in der Relation ungefähr 16.000 bundesdeutschen Urlaubern entsprochen.

sche Regierung reagierte zügiger und mit deutlich stärkerer Präsenz. Das Krisenmanagement der Sozialdemokraten wurde seither intensiv kritisiert und von einer parlamentarischen Kommission heftig verurteilt. Noch nie in der schwedischen Geschichte brandmarkte eine Parlamentskommission die Handlungsweise einer Regierung mit solch scharfen Worten.¹⁹ Die politische Verantwortung übernahm Laila Freivalds erst im April 2006. Kurz vor der heißen Phase des Wahlkampfes trat sie von ihrem Amt zurück.

Im Wahlkampf wurde immer stärker auf die Führungsqualitäten der beiden Spitzenkandidaten abgehoben. Dies entsprach der Strategie der SAP, die von Beginn an Göran Persson in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes stellte. Angeschlagen aber durch die lange Amtszeit, das Missmanagement bei der Tsunami-Katastrophe und den Kauf einer feudalen Landhausvilla im Wert von über 1,3 Millionen Euro geriet Persson zusehends in Missgunst. Auf der anderen Seite gelang es Fredrik Reinfeldt, sich als ein um Ausgleich bemühter Staatsmann zu präsentieren. Insbesondere in den Fernsehduellen unmittelbar vor der Wahl konnte der Spitzenkandidat der konservativen Partei wiederholt den bestimmenden Führungsstil Perssons an den Pranger stellen. Gegen Ende des Wahlkampfes zeigte sich deutlich, dass sich der „präsidentielle“ Regierungsstil von Göran Persson negativ gegen ihn selber richtete, wohingegen der agile Herausforderer Fredrik Reinfeldt einen pragmatischen Stil ohne rhetorische Spitzen pflegte.²⁰

Im Schlusspurt des Wahlkampfes drohte ein Skandal die bürgerlichen Chancen auf einen Wahlsieg zunichte zu machen. Mitarbeiter der liberalen Partei hatten sich Zugang zum zentralen Rechner der Sozialdemokraten verschafft, um dort die Planung des weiteren Wahlkampfes auszuspionieren. Als dies bekannt wurde, erstattete die SAP-Führung Anzeige gegen die liberale Partei. Ein juristischer Prozess mit großer medialer Resonanz prägte die letzten Tage des Wahlkampfes. In dieser Zeit brach die Unterstützung für die FP in der Wählerschaft ein. Der Skandal – nach dem Namen ihres Vorsitzenden Lars Leijonborg in den Medien als „Leijongate“ tituliert – reduzierte zwar das Wahlergebnis

¹⁹ Konstitutionsutskottets betänkande 2005/06:KU8: Regeringens krisberedskap och krishantering i samband med flodvågskatastrofen 2004; vgl. Lewin, Leif: „Ytterkantspolitik ger minskat politikerförakt“. In: *Dagens Nyheter*, 19. September 2006.

²⁰ Vgl. Ruin, Olof: „Perssons ledarstil förvånar“. In: *Dagens Nyheter*, 19. November 2005. Zu einem guten Teil entschieden die Spitzenkandidaten die Wahl. Während über 77 Prozent der M-Wähler Fredrik Reinfeldt als äußerst wichtig für ihre Wahlentscheidung anführten, war Göran Persson nur für ca. 51 Prozent der SAP-Wähler von gravierender Bedeutung; vgl. *Dagens Nyheter*, 18. September 2006.

für die FP; allerdings schwenkten die meisten Sympathisanten der Partei auf andere bürgerliche Parteien, insbesondere die Konservative Partei um.

Die Reichstagswahl 2006: Ergebnisse und Erklärungen

Mit einer im Vergleich zur Wahl von 2002 nochmals leicht angestiegenen Wahlbeteiligung konnte die bürgerliche Allianz den Blockwettkampf knapp für sich entscheiden. Im Parlament besitzt sie einen Vorsprung von 7 Sitzen, was allerdings deutlich geringer ist als die Mehrheit des linken Lagers nach 2002 (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Die Wahlentscheidungen 2002 und 2006

	2006		2002	
	Stimmen (%)	Sitze	Stimmen (%)	Sitze
M	26,2	97	15,2	55
FP	7,5	28	13,3	48
KD	6,6	24	9,1	33
C	7,9	29	6,1	22
Bürgerliche Allianz	48,2	178	43,7	158
SAP	35,0	130	39,8	144
V	5,9	22	8,3	30
MP	5,2	19	4,6	17
Linksblock	41,6	171	52,7	191
Übrige	5,7		2,8	
Wahlbeteiligung	82,0		79,1	

Anmerkungen: Bürgerlicher Block: M = Moderata Samlingspartiet (konservative Partei), FP = Folkpartiet Liberalerna (liberale Partei). KD = Kristdemokraterna (christdemokratische Partei), C = Centerpartiet (Zentrumspartei). Linksblock: SAP = Socialdemokratiska Arbetarepartiet (sozialdemokratische Partei), V = Vänsterpartiet (Linkssozialisten), M = Miljöpartiet (Grüne).

Der hohe Anteil der Übrigen entfällt vor allem auf die rechtspopulistischen Schwedendemokraten (2,9 Prozent) sowie die Feministische Initiative (0,7 Prozent). Quelle: Valmyndigheten (Schwedische Wahlbehörde) <http://www.val.se/val/val2006/slutlig/R/rike/roster.html>, 5. und 21. September 2006).

Auch in Schweden nehmen nach Analysen der Wahlforschung die Wählerbindungen an die Parteien in zunehmendem Maße ab. Bereits bei der Wahl 2002 waren 38,1 Prozent der Wähler Wechselwähler, zum Vergleich dazu betrug dieser Wert bei der Wahl im Jahre 1982 erst 19,5 Prozent. Zudem zeigt die schwedische Meinungsforschung, dass insbesondere in der heißen Phase des Wahlkampfes viele Wähler (19,1 Prozent) ihre Wahlabsicht noch ändern.²¹ Die Volatilität der schwedischen Wähler hat 2006 nochmals zugenommen.²²

Interessante Rückschlüsse auf das Wahlverhalten offenbaren die Wählerwanderungen zwischen den Wahlen 2002 und 2006. Wie in Tabelle 2 gezeigt, entschieden sich von den Wählern, die 2002 die Linkspartei gewählt hatten, 2006 nur 53 Prozent erneut für diese Partei. Große Abwanderungen erfolgten in Richtung SAP und MP, aber auch in den Block der übrigen Parteien. Es ist zu vermuten, dass dies insbesondere der Feministischen Initiative zu Gute kam.²³ Die SAP verlor Stimmen sowohl nach links (an V und MP jeweils vier Prozentpunkte) als auch nach rechts. Dass insgesamt acht Prozent der ehemaligen SAP-Wähler zur konservativen Partei wechselten, stellt einen historisch einmalig großen Abwanderungsprozess dar. 2002 zum Beispiel verließen nur zwei Prozent der SAP-Wähler von 1998 „ihre“ Partei in Richtung konservativer Partei. Die Wanderungen von der liberalen Partei (FP) zu anderen Parteien erfolgte innerhalb der bürgerlichen Allianz. Die Erstwähler schließlich gingen zu fast gleichen Teilen zu SAP und konservativer Partei (28 respektive 26 Prozent), hingegen nur zu geringeren Anteilen an die anderen Parteien. Insgesamt liegt der linke Block in dieser Gruppe deutlich vor der bürgerlichen Allianz (50 versus 44 Prozent).

²¹ Holmberg, Sören: *Svenskt väljarbeteende*. Stockholm 2004, 134, 136.

²² Hier wie im Folgenden beziehe ich mich auf Daten der schwedischen Nachwahluntersuchung (Valu 2006), die von den großen Tageszeitungen sowie dem schwedischen Fernsehen publiziert werden (<http://www.svt.se/svt/jsp/Crosslink.jsp?d=56836>, 22. und 23. September 2006).

²³ Diese dezidierte Frauenpartei hatte sich von der Linkspartei abgespalten. Der Rücktritt Gudrun Schymans vom Vorsitz der Linkspartei und ihr Wechsel zur Feministischen Initiative hatte die Linkspartei in eine personelle und programmatische Krise gestürzt, in der sich die Traditionalisten gegen die Modernisierer durchsetzen konnten; vgl. Sjöstedt, Jonas: "Vänsterpartiet måste inse att valet var en katastrof". In: *Dagens Nyheter*, 27. September 2006.

Tabelle 2: Wählerwanderungen, 2002–2006

<i>Wahl 2002</i>	<i>Wahl 2006</i>							
	<i>V</i>	<i>SAP</i>	<i>MP</i>	<i>C</i>	<i>FP</i>	<i>KD</i>	<i>M</i>	<i>Andere</i>
<i>V</i>	53	17	11	2	1	1	4	10
<i>SAP</i>	4	73	4	3	3	2	8	3
<i>MP</i>	8	10	56	9	4	2	5	6
<i>C</i>	1	7	2	65	4	5	13	3
<i>FP</i>	0	5	2	14	42	5	29	2
<i>KD</i>	0	4	1	7	6	58	20	3
<i>M</i>	0	2	0	4	5	5	82	2
<i>Andere</i>	3	13	3	3	4	6	17	51
<i>Leer</i>	5	24	11	8	6	4	28	14
<i>Nichtwähler</i>	8	32	8	5	7	4	25	11
<i>Nicht Wahl- berechtigt</i>	10	28	12	7	8	3	26	7

Anmerkungen: Zu den Parteikürzeln vgl. Tabelle 1.

Quelle: Valu 2006 (<http://www.svt.se/svt/jsp/Crosslink.jsp?d=56937>, 22. September 2006)

Die Gründe für den Wahlausgang müssen noch eingehender analysiert werden. An dieser Stelle sollen jedoch erste Befunde der Meinungsforschung präsentiert werden. Ein erster Aspekt ist die regionale Verteilung der Wahlpräferenzen. Traditionell besitzen die Linksparteien im Norden ihre Hochburgen, die bürgerlichen Parteien im Süden. Auch die Wahl 2006 bestätigte dieses Muster. Allerdings hat sich das relative Gewicht beider Blöcke deutlich verändert. Die bürgerliche Allianz hat in nahezu allen Großstädten Mehrheiten errungen (eine Ausnahme ist hier Göteborg), und die eindeutig links dominierten Kommunen sind im hohen Norden dünner gesät als zuvor. Ein zweiter Aspekt ist der Zusammenhang von Alter und Wahlentscheidung. Hier zeigt sich, dass die konservative Partei über alle Altersgruppen hinweg ähnliche Wahlergebnisse erreichte (die Streuung beläuft sich von 28 Prozent bei den 31- bis 64-jährigen bis zu 25 Prozent bei den Über-64-jährigen). SAP sowie die christdemokratische Partei und die Zentrumsartei haben eine deutliche Überrepräsentation bei den Über-64-

jährigen. Hinsichtlich des dritten Aspekts, der geschlechtsspezifischen Wahlentscheidung, lassen sich für SAP, Linkspartei, liberale Partei sowie christdemokratische Partei ausgeglichene Ergebnisse berichten. Deutlich stärker in der Gunst der Frauen stehen Grüne sowie Zentrumspartei. Die Männer unterstützen hingegen die konservative Partei überdurchschnittlich stark.

Die Art der Beschäftigung als vierter Aspekt offenbart ebenfalls wichtige Gründe für die Wahlentscheidungen. Nicht überraschend hat die konservative Partei in der Privatwirtschaft ihre meisten Wähler, wohingegen sie bei öffentlich Bediensteten schlecht abschneidet (34 Prozent gegenüber 19 Prozent). Bei den übrigen bürgerlichen Parteien ist dieses Verhältnis nahezu ausgeglichen. Ebenso wenig überrascht, dass die Anhängerschaft der Linkspartei vor allem im öffentlichen Sektor groß ist (9 Prozent zu 6 Prozent). Und auch die SAP erreicht eine deutliche Überrepräsentation im öffentlichen Dienst (34 Prozent gegenüber 28 Prozent). Das Wahlverhalten der Mitglieder des Dachverbandes der schwedischen Arbeitergewerkschaften (*Landsorganisation i Sverige*, LO) macht deutlich, wie erfolgreich die bürgerliche Allianz in die Hochburgen der SAP-Anhängerschaft eindringen konnte. Während der Rückhalt der SAP bei den LO-Mitgliedern zwischen 2002 und 2006 um sechs Prozentpunkte sank und nun nur noch 54,4 Prozent beträgt, konnte die konservative Partei bei den LO-Mitgliedern nahezu sieben Prozentpunkte zulegen und ist bei 11,1 Prozent angelangt. Zweifelsohne wählt immer noch die überwältigende Mehrheit der LO-Mitglieder links, die Erfolge für die konservative Partei in diesem Wählersegment sind jedoch bemerkenswert groß ausgefallen.²⁴

Die Verteilung der Ministerien innerhalb der bürgerlichen Allianz konnte zwischen der Wahl und der Regierungsbildung weitgehend aus der öffentlichen Debatte herausgehalten werden. Erst mit der Regierungserklärung von Fredrik Reinfeldt am 6. Oktober wurde die Regierungsmannschaft der Öffentlichkeit präsentiert (Tabelle 3). Als besonderes Überraschungsmoment ist die Ernennung von Carl Bildt zum Außenminister hervorzuheben. Seine Berufung kann als Signal von Fredrik Reinfeldt interpretiert werden, die innerparteilichen Strömungen der konservativen Partei in die Regierungsarbeit zu integrieren.

²⁴ „Fler LO-medlemmar lämnade s“. In: *LO-tidningen*, 18. September 2005 (http://lotidningen.lo.se/?id_site=8&id_item=3596). Es sei bemerkt, dass 2,8 Prozent der LO-Mitglieder für die rechtspopulistische SD votierten. Eine ähnlich starke Unterstützung für diese Partei wird noch von den Erstwählern (2,6 Prozent), den Arbeitgebern (2,3 Prozent) und den Arbeitslosen (3,7 Prozent) berichtet; siehe „Så valde olika grupper“. In: *Dagens Nyheter*, 18. September 2006.

Tabelle 3: Regierungszusammensetzung 2006

<i>Name</i>	<i>Position</i>	<i>Partei</i>
Fredrik Reinfeldt	Ministerpräsident	M
Carl Bildt	Außenminister	M
Maud Olofsson	Wirtschaftsministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin	C
Anders Borg	Finanzminister	M
Lars Leijonborg	Bildungs- und Wissenschaftsminister	FP
Cecilia Stegö Chilò / Lena Adelsohn Liljeroth	Kulturministerin, Rücktritt vom Amt am 16. Oktober 2006 / Kulturministerin seit dem 24. Oktober 2006	M
Göran Hägglund	Sozialminister	KD
Mikael Odenberg	Verteidigungsminister	M
Beatrice Ask	Justizministerin	M
Tobias Billström	Einwanderungs- und Asylminister	M
Nyamko Sabuni	Integrations- und Gleichstellungsministerin	FP
Sven Otto Littorin	Arbeitsmarktminister	M
Maria Larsson	Gesundheitsministerin und Ministerin für die sozialen Dienste	KD
Cristina Husmark Pehrsson	Sozialversicherungsministerin	M
Eskil Erlandsson	Landwirtschaftsminister	C
Andreas Carlgren	Umweltminister	C
Mats Odell	Minister für regionale Regierung und Finanzmärkte	KD
Gunilla Carlsson	Ministerin für internationale Entwicklungszusammenarbeit	M
Cecilia Malmström	Europaministerin	FP
Jan Björklund	Schulminister	FP

Maria Borelius / Sten Tolgfors	Handelsministerin, Rücktritt vom Amt am 14. Oktober 2006 / Handelsminister seit dem 24. Oktober 2006	M
Åsa Torstensson	Ministerin für Kommunikation und Infrastruktur	C

*Quellen: The Swedish government (<http://www.regeringen.se/content/1/c6/07/04/86/57f33439.pdf>, 13. März 2007); „Här är Sveriges nya ministrar“. In: *Dagens Nyheter*, 9. Oktober 2006; *Pressmeddelande Statsrådsberedningen*, 24. Oktober 2006 (<http://www.regeringen.se/sb.d/7874/a/71420>).*

Bei der Besetzung der Ministerien fällt auf, dass die konservative Partei mit elf von 22 Kabinettsitzen ihre Hegemonie im bürgerlichen Lager zementieren konnte. Nicht nur von der Zahl her ist diese Partei in der Regierung dominierend, auch die für die Wiederwahl neuralgischen Ministerien – das Außen-, das Finanz-, das Verteidigungs-, das Justiz- sowie das Arbeitsmarktministerium – befinden sich in der Hand der konservativen Partei.

Mit jeweils vier Kabinettsitzen für die Zentrumspartei und die liberale Partei sowie drei Sitzen für die Christdemokraten wurde ein Proporz angewandt, der der Zentrumspartei ihren Wahlerfolg nicht gänzlich goutiert und die liberale Partei durchaus verhältnismäßig überrepräsentiert. Immerhin aber konnte Maud Olofsson als Vorsitzende der Zentrumspartei und Wirtschaftsministerin die Phalanx der konservativen Ministerien durchbrechen. Ebenso beachtlich ist, dass die Europapolitik mit EU-Ministerin Cecilia Malmström (FP) aus dem Ressort des Außenministeriums unter Carl Bildt herausgelöst und direkt beim Regierungschef Fredrik Reinfeldt angesiedelt worden ist.

Der Auftakt der bürgerlichen Regierung verlief keineswegs unproblematisch. Noch während das erste bürgerliche Budget vorbereitet wurde, deckte die schwedische Presse nach und nach einzelne Skandale verschiedener Minister auf. Insbesondere die Kultur- und die Handelsministerinnen gerieten unter Druck, als bekannt wurde, dass beide über Jahre keine Rundfunkgebühren entrichtet hatten. Letztlich führten diese Vorwürfe in der Öffentlichkeit dazu, dass sowohl Cecilia Stegö Chilò als auch Maria Borelius rasch von ihren Ämtern zurücktraten und von Lena Adelsohn Liljeroth respektive Sten Tolgfors ersetzt wurden. Im Dezember 2006 geriet auch Carl Bildt in die Kritik, der seit Dezember 2001 im Vorstand der Vostok Nafta AG, einer Tochter-AG von Gazprom, beschäftigt war. Er besaß 2000 Aktien und insgesamt 15.000 Optionsscheine dieses Unternehmens. Von Beginn an wurden mögliche Interessenkonflikte aus dieser Vermögensverflechtung des Außenministers in der Öffentlichkeit kritisch

diskutiert. Als Bildt im Dezember 2006 seine Optionsscheine einlöste und einen Gewinn von 4,8 Millionen Kronen realisierte, geriet er in heftigste Kritik. Im Januar 2007 wurde schließlich ein Untersuchungsausschuss eingerichtet, in dem die Interessenverflechtungen des Außenministers untersucht werden.²⁵

Die Regierungserklärung von Fredrik Reinfeldt am 11. Oktober 2006 stellte ein Ziel in den Mittelpunkt: die Schaffung neuer Unternehmen und Arbeitsplätze. Aus der Logik des Wahlkampfes heraus ist dies folgerichtig, und 30 Prozent der Wählerinnen und Wähler erwarten just diese Leistung von der neuen Regierung.²⁶ Wie bereits im Wahlkampf betonte der neu gewählte Regierungschef in seiner Antrittsrede, dass die Sicherung der Vollbeschäftigung durch Steuersenkungen und eine Senkung der Transferleistungen erreicht werden solle. Die Reaktionen auf die Regierungserklärung waren gespalten. Während innerhalb der Arbeiterbewegung der Vorwurf einer neoliberal-konservativen Reformpolitik erhoben wird,²⁷ war dem Verband der schwedischen Arbeitgeber die Regierungserklärung nicht deutlich genug – auch was die geforderte Einschränkung der Arbeitskämpfrechte anbelangt.²⁸ Damit stellt sich die Frage, was von dieser bürgerlichen Koalition an Reformen realistischerweise erwartet werden kann.

Fiasko oder Triumph der Sozialdemokratie?

Die schwedische Sozialdemokratie wurde an der Wahlurne abgestraft. Entschieden wurde dieser Wahlkampf durch die strategische Meisterleistung der bürgerlichen Parteien – allen voran der konservativen Partei –, ihre programmatischen Differenzen erstmals in der Nachkriegsgeschichte einzuebnen. Von einer geeinten Position aus trat die bürgerliche Allianz der SAP reformfreudig entgegen. Dass die bürgerlichen Parteien klassische sozialdemokratische Themen wie Arbeit und Wohlfahrt erfolgreich für sich besetzen konnten, erlaubte ihnen große Erfolge bei traditionell sozialdemokratischen Wählergruppen.

²⁵ Vgl. „Bildt välkomnar utredning av optionsaffärerna“. In: *Dagens Nyheter*, 8. Januar 2007.

²⁶ Vgl. „Väljarnas förväntningar på Fredrik Reinfeldts regering“. In: *Dagens Nyheter*, 4. Oktober 2006.

²⁷ So der ehemalige sozialdemokratische Regierungschef Ingvar Carlsson: „Ingvar Carlsson hittar gammal högerpolitik i nya arbetarpartiet“. In: *LO-tidningen*, 15. September 2006 (http://www.lotidningen.se/?id_item=3567, 9. Oktober 2006).

²⁸ Vgl. die Stellungnahme der organisierten Arbeitgeber Schwedens: „Företagen och jobben avgör regeringens framtid“. In: *Svenskt Näringsliv*, 6. Oktober 2006.

Der Parteienwettbewerb in der schwedischen Verhandlungsdemokratie schwenkt endgültig auf einen Blockwettbewerb um. Schon in der letzten Amtsperiode unter Göran Persson war das Bild einer strategisch offenen Minderheitsregierung getrübt. Die in der Regierungskanzlei institutionalisierte Zusammenarbeit mit den linken Unterstützungsparteien erschwerte die Manövrierfähigkeit der sozialdemokratischen Minderheitsregierung. Die neue Regierung ist mit keinen Verhandlungsnotwendigkeiten über die politischen Blockgrenzen hinweg konfrontiert. Ob die weiterhin vorhandenen programmatischen Differenzen innerhalb der Koalition überwunden werden können, hängt auch von der Integrationskraft von Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt ab.

Die bürgerliche Allianz hat nicht nur ihr Wahlziel erreicht, sie könnte auch mit großer Legitimation Reformschritte durchführen. Aus institutioneller und programmatischer Perspektive ist festzuhalten, dass kaum eine andere Regierung der schwedischen Nachkriegszeit bessere Voraussetzungen für einen Politikwechsel hatte.²⁹ Erstens besitzt die Koalition die parlamentarische Mehrheit und kann ohne Verhandlungszwänge mit anderen Akteuren regieren. Zudem ist die SAP als wichtigste Oppositionspartei nach dem Rücktritt Göran Perssons in einer unsicheren Übergangsphase. Zwar hat sich die Partei zu Beginn des Jahres 2007 auf Mona Sahlin als neue Parteivorsitzende verständigt. Als Arbeitsmarktministerin (1990/91) veranlasste diese jedoch den umstrittenen Lohnstopp sowie das gesetzliche Verbot von Arbeitskämpfmaßnahmen, was zu einer Regierungskrise führte und ihr bis auf den heutigen Tag Kritik aus den Reihen der Gewerkschaften einbringt. Der außerordentliche Parteikongress der SAP am 17. und 18. März 2007 wird zeigen, mit welcher Unterstützung die SAP ihre erste weibliche Parteivorsitzende ins Rennen um die Wiedererlangung der Regierungsmacht wird schicken können.³⁰

Zweitens fällt dieser Regierungswechsel in eine Zeit wirtschaftlicher Prosperität. Anders als die bürgerlichen Koalitionen zwischen 1976 und 1982 sowie von 1991 bis 1994 muss die neue Regierung kein von außen aufgedrängtes Krisenmanagement bewältigen. Drittens ist gerade für eine bürgerliche Politik der gegenwärtige wirtschaftliche Rahmen sehr günstig. Steuersenkungen sind insofern möglich, als sie mit einem ausgeglichenen Staatshaushalt in Einklang gebracht werden können. Und es wird

²⁹ Darauf verwies der scheidende Ministerpräsident Göran Persson; vgl.: „Ingen tillträdande regering har haft bättre förutsättningar“. In: *Dagens Nyheter*, 5. Oktober 2006.

³⁰ Vgl. Möller, Tommy: „Mona Sahlin riskerar bli en parentes som s-ledare“. In: *Dagens Nyheter*, 19. Januar 2007.

prognostiziert, dass sich eine weitere Beschäftigungsexpansion einstellen wird. Demnach sollen allein im Jahr 2006 über 80.000 neue Stellen geschaffen worden sein, für das Jahr 2007 erwartet die Arbeitsmarktbehörde gar 90.000 neue Stellen. Eine Beschäftigungsdynamik, wie sie in Schweden während der vergangenen fünfzig Jahre nicht zu beobachten war.³¹

Es ist zu erwarten, dass die bürgerliche Allianz nur ein moderates Umsteuern in der wohlfahrtsstaatlichen Politik durchführen wird. Ihr erstes Ziel lautet, die Steuersenkungen so zu dosieren, dass die Solidität der öffentlichen Haushalte nicht gefährdet wird. Mit dem Herbstbudget 2006 wurden Steuersenkungen im Umfang von insgesamt 42 Milliarden Kronen (4,7 Milliarden Euro) anvisiert. Diese Steuererleichterungen sind insofern haushaltsneutral, als die bürgerliche Koalition Privatisierungserlöse realisieren möchte. Nicht nur die staatliche Fluggesellschaft SAS, auch der Energiekonzern Vattenfall und andere Unternehmen stehen auf der Verkaufsliste.

Im Bereich der Wohlfahrtspolitik ist die erste Hauptreform auf die Arbeitsmarktpolitik gerichtet. Die schwedische Arbeitslosenversicherung ist noch freiwillig und wird von den Gewerkschaften verwaltet. Die bürgerliche Koalition möchte diese Sozialversicherung erstens verstaatlichen und zweitens zur Pflicht für alle Arbeitnehmer machen. Diese Reform wurde bereits 1994 von der Bildt-Regierung verabschiedet, dann aber nach dem Regierungswechsel von den Sozialdemokraten wieder rückgängig gemacht. Zusätzlich sollen die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes zeitlich eng befristet und das Niveau der Lohnersatzleistungen abgesenkt werden. Allein im Jahr 2007 möchte die Regierung damit ca. 3,7 Milliarden Kronen einsparen. Die ebenfalls anvisierte Anhebung der Arbeitnehmerbeiträge zur Arbeitslosenversicherung soll zusätzlich Mehreinnahmen von ca. zehn Milliarden Kronen erbringen. Gleichzeitig lanciert die Koalitionsregierung ein Beschäftigungsprogramm für Langzeitarbeitslose, im Rahmen dessen den Arbeitgebern die Sozialversicherungsbeiträge erlassen werden (*nystartsjobben*). Die kombinierten Effekte dieser ersten Reformschritte stellen unter dem Strich die Beschäftigten besser, die Arbeitslosen hingegen haben mit Einkommenseinbußen zu rechnen.³²

³¹ „Kraftigt ökad sysselsättning väntar enligt AMS“. In: *Dagens Nyheter*, 5. Dezember 2006.

³² „Skattesänkningar för 42 miljarder“. In: *Svenska Dagbladet*, 16. Oktober 2006. Gegen die Reform der Arbeitslosenversicherung klagt die Linkspartei vor dem Verfassungsausschuss (*konstitutionsutskottet*), vgl. „Vi KU-anmäler regeringen om ändringarna i a-kassan“. In: *Dagens Nyheter*, 28. Oktober 2006); die Angestelltengewerkschaft TCO klagt diesbezüg-

In der Gesundheitspolitik strebt die bürgerliche Koalition forcierte Privatisierungen an. Grundsätzlich ist geplant, das Verbot des Erwirtschaftens von Gewinnen im Bereich der Gesundheitsdienstleistungen aufzuheben. Ebenso soll die Regel abgeschafft werden, der zufolge mindestens ein Krankenhaus pro *landsting* (Provinziallandtag) von der öffentlichen Hand betrieben werden muss. Als flankierende Maßnahmen ist vorgesehen, dass in den Regionen private Finanzierungsformen stärker als bisher erlaubt sowie bestimmte Bereiche ganz privatwirtschaftlichen Trägern überlassen werden. Mit diesen Reformen sollen die Wahlfreiheit der Patienten erhöht, die Wartezeiten reduziert und insgesamt die Qualität der Gesundheitsversorgung verbessert werden.³³ In Stockholm wird bereits geplant, den Bereich der Krebsbehandlung sowie die Kindermedizin gänzlich zu privatisieren.³⁴

Die angeführten Beispiele lassen noch keine Rückschlüsse auf den eventuellen Erfolg dieser graduellen Umbaustrategie zu. Sie liefern jedoch Anzeichen dafür, dass die bürgerliche Koalition durchaus das Ziel verfolgt, Grundfesten des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates in Schweden zu verändern. Allerdings hat der Dachverband der schwedischen Arbeitergewerkschaften (LO) bereits Widerstand angekündigt, falls die neue Regierung zentrale Errungenschaften des schwedischen Modells aufkündigen wolle. Würde die Absenkung der Lohnersatzleistungen im Bereich der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder bei der Arbeitslosenversicherung im Zusammenspiel mit anderen Reformen dahin führen, einen Niedriglohnsektor einzuführen – was die bürgerliche Allianz insbesondere für die Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt tatsächlich anvisiert –, dann sei die LO im Verlauf der Lohnrunden im Frühling 2007 bereit, die „Rechte der Arbeitnehmer“ zu verteidigen. Ein „schleichender Systemwechsel“ in Richtung weiter zunehmender Lohnungleichheit und prekärer Beschäftigungsverhältnisse solle verhindert werden.³⁵

lich vor dem EuGH, vgl. „Vi anmäler a-kasseförslaget till EU“. In: *Dagens Nyheter*, 31. Oktober 2006. Die Klagen werden im ersten Fall mit vermeintlichen Verstößen im schwedischen Remiss-System begründet, im anderen Fall mit vermeintlichen Verstößen gegen die Gleichbehandlung von Frauen und Männern.

³³ Eine Gesamtübersicht der angestrebten Reformen gibt der christdemokratische Sozialminister Göran Hägglund: „Vi avskaffar stopplagen i hälso- och sjukvården“. In: *Dagens Nyheter*, 4. Dezember 2006.

³⁴ „Nya majoriteten vill privatisera cancervården“. In: *Dagens Nyheter*, 7. November 2006.

³⁵ Vgl. Lundby-Wedin, Wanja: „Konflikten följden av nya regeringens politik“. In: *Dagens Nyheter*, 22. September 2006.

Die Gefahr zunehmender Konflikte in den Arbeitsbeziehungen könnte die Regierung tatsächlich in unruhiges Fahrwasser führen, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil die organisierten schwedischen Arbeitgeber (*Svenskt Näringsliv*) die Gewerkschaften in scharfen Worten davor gewarnt haben, demokratische Reformprozesse in Frage zu stellen. Kombiniert wurde diese Warnung mit Forderungen nach stärkeren Senkungen von Steuern und Abgaben.³⁶ Zunehmende Konflikte auf dem Arbeitsmarkt könnten den erst seit 1997 revitalisierten Burgfrieden zwischen Arbeit und Kapital³⁷ vor immense Belastungsproben stellen. Unter den ökonomischen Bedingungen eines wirtschaftlichen Aufschwungs geriete die moderate Lohnpolitik der vergangenen Jahre in Gefahr unterminiert zu werden.

Dass die vier bürgerlichen Regierungsparteien die Grundwerte sozialdemokratischer Regierungspolitik in einem solchen Ausmaße internalisiert haben, wie Bo Rothstein vermutet,³⁸ kann bezweifelt werden. Dem Verfasser dieses Beitrages scheint eher realistisch zu sein, dass moderate Veränderungen in der Steuerpolitik sowie forcierte Privatisierungen im Bereich der sozialen Dienstleistungen mittelfristig bedeutsame Rückwirkungen auf das Modell des schwedischen Wohlfahrtsstaates haben werden. Dieses würde dann noch stärker als bisher seine Einzigartigkeit in Europa einbüßen.

³⁶ „LO:s förfall bådär gott för Sverige“. In: *Svenskt Näringsliv*, 22. September 2006; vgl. „Nu börjar jobbet! Ett manifest för 500.000 nya jobb“. In: *Svenskt Näringsliv*, 18. September 2006.

³⁷ Vgl. Jochem 2003, wie Fußnote 6.

³⁸ Rothstein 2006, wie Fußnote 3.